

FreiBrief aus Berlin

Dezember 2017



THORSTEN FREI.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Weihnachten und der Jahreswechsel stehen vor der Tür. Für die Menschen ist dies eine willkommene Zeit, um innezuhalten, sich auf die Familie zu besinnen, den Alltag und die damit verbundenen Sorgen abzustreifen. Diese Zeit der Entschleunigung ist auch eine hervorragende Gelegenheit, um Bilanz zu ziehen. Dabei müssen wir alle feststellen, dass sich unsere Gesellschaft im letzten Jahr – zumindest gefühlt – so schnell weiterentwickelt hat wie nie zuvor und dass uns die Globalisierung vor Herausforderungen stellt, die aus Krisen und Problemen resultieren, die ihren Ursprung außerhalb Deutschlands haben. Denken wir nur an die fortwährenden Flüchtlingsströme nach Deutschland, den islamistischen Terror, den Brexit oder auch die neue atomare Bedrohung aus Nordkorea. Aber auch innenpolitisch sind die Herausforderungen gewachsen. Populismus findet auch bei uns einen immer fruchtbareren Nährboden. Das hat nicht zuletzt die Bundestagswahl gezeigt. Noch immer sind wir als CDU die stärkste Kraft, an der vorbei keine Regierung gebildet werden kann. Zu einer ehrlichen Analyse gehört aber auch, dass wir fast überall zweistellig verloren haben und dass sich nach dem Scheitern von Jamaika die einzig interessante Option schnell verflüchtigt hat. Dennoch müssen wir unserer staatspolitischen Verantwortung ins Auge schauen und optimistisch nach vorn blicken. Wir müssen in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass es Deutschland künftig weiter so gut geht wie heute. In diesem Sinne wäre eine Neuauflage der großen Koalition aus meiner Sicht eine bessere Option als Neuwahlen. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch einmal Danke sagen für Ihr Vertrauen sowie Ihre Unterstützung meiner Arbeit. Auch dank Ihnen gehe ich zuversichtlich ins neue Jahr und freue mich schon jetzt auf zahlreiche persönliche Begegnungen und weiterhin gute Zusammenarbeit. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen für das Jahr 2018.

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink that reads "Thorsten Frei". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Thorsten Frei diskutiert beim Jungen Deutsch-Ungarischen Forum



Europa steht heute wie kaum ein anderer Kontinent für Frieden, Freiheit und Stabilität. Ehemalige Feinde haben scheinend unüberbrückbare Differenzen überwunden, sind zusammengerückt und arbeiten in der Europäischen Union als größtem Friedensprojekt der Menschheit konstruktiv zusammen. Dennoch steht auch Europa in der Zeit vor großen Aufgaben, die den Zusammenhalt der Mitgliedsstaaten herausfordern, nationalistische Tendenzen offenbart und höchst unterschiedliche Standpunkte in wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu Tage fördern. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es neben der Betonung geteilter Werte wie Demokratie und Freiheit vor allem den Dialog der Menschen. Eine ganz zentrale Rolle kommt dabei den jungen Generationen zu, die im Rahmen der Jugendwerke den kulturellen Austausch zwischen verschiedenen Nationalitäten und gegenseitiges Verständnis sowie Toleranz fördern. Das Deutsch-Ungarisches Jugendwerk hat mit dem Jungen Deutsch-Ungarischen Forum 2017 diesen Dialog Anfang November ins politische Rampenlicht gesetzt und die Zukunft Europas aus Sicht Ungarns und Deutschlands kontrovers und konstruktiv zugleich zu diskutieren. Nach einer kurzen Einführung durch den ungarischen Botschafter in Berlin, S.E. Dr. Péter Györkös, der auf die historischen Verbindungen zwischen Ungarn und Deutschland skizzierte, vertrat ich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rahmen einer Podiumsdiskussion zur Rolle nationaler Parlamente im vereinten Europa. In meinem Eingangsstatement betonte ich die Notwendigkeit der konsequenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Aus meiner Sicht

muss Europa in den großen Themen stark sein, im Gegensatz dazu aber auch klein bei den kleinen Themen. Nach meinen Erfahrungen als Oberbürgermeister und Bundestagsabgeordneter gilt, dass ein Staat von unten nach oben gebaut werden und funktionieren muss. Die Basis ist die Familie, gefolgt von den Gemeinden, Bundesländern, den Nationalstaaten und am Ende stehen Europa bzw. die EU. Auf EU-Ebene braucht es vor allem Lösungen und Konzepte im Bereich einer Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder auch beim Außengrenzschutz sowie der Flüchtlingspolitik. Wenn es uns in diesen Themen gelingt, mit einer Sprache zu sprechen, dann werden wir stärker und effizienter sein und ein gewichtiges Wort in der Welt mitsprechen.

Bürgerversicherung senkt Versorgungsniveau, gefährdet Versorgung im ländlichen Raum und führt zu echter Zweiklassenmedizin



Die Überlegungen der SPD, die Einführung einer Bürgerversicherung als Bedingung für eine Neuaufgabe der großen Koalition zu machen, sehe ich mit großer Sorge. Schließlich würde damit unser hervorragendes Gesundheitssystem durchgeschüttelt. Leidtragende wären die Versicherten. Dass durch eine Bürgerversicherung die bestehenden Probleme beseitigt werden, ist ein Trugschluss. Das zeigen nicht zuletzt die Vergleiche mit ähnlichen Systemen, allen voran mit dem National Health Service in Großbritannien. Dort hat das Einheitssystem zu Mangel, Warteschlangen, chronischer Unterfinanzierung und einer Nivellierung des Versorgungsniveaus geführt. Solche Zustände wünsche ich mir bei uns nicht. Die Dualität zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung sorgt für Wettbewerb um Preise, Leistungen und Qualität. Das ist das Fundament für unser in aller Welt angesehenes Gesundheitssystem. Dieses dürfen wir nicht ohne Not einreißen! Natürlich gibt es auch bei uns Defizite in der Versorgung, weil im Demografischen Wandel

nicht alles bezahlbar ist, was denkbar oder wünschenswert wäre. Und ebenso gibt es Unterschiede zwischen beiden Systemen, die sich in der Summe von Vor- und Nachteilen am Ende aber ausgleichen. Deshalb aber von Zweiklassenmedizin zu sprechen ist ein Irrglaube. Letztlich sorgen vor allem der Fortschritt und das Versorgungsniveau in der privaten Krankenversicherung für eine schnelle Durchdringung neuer Medikamente und Methoden auch in der Breite. Davon profitieren allen Bürger in Deutschland. Würden die Dualität und der Wettbewerb wegfallen, würde das Leistungsniveau insgesamt absinken. Nur wirklich reiche Menschen könnten sich über ihr Geld alle erdenklichen Leistungen erkaufen. Das wäre dann echte Zweiklassenmedizin. Darüber hinaus sollten wir nicht vergessen, dass die mit den Privatpatienten verbundenen Honorare für das Überleben vieler kleinerer Praxen im ländlichen Raum sorgen. Ich bin überzeugt, dass damit das Praxensterben beschleunigt und die Nachfolgersuche erschwert werden. Leidtragende sind am Ende die Menschen im ländlichen Raum, da der Staat nicht alles finanziell auffangen kann. Ganz besonders kritisch sehe ich, dass die SPD als Ausgleich fehlender Honorare eine Ausweitung der Beitragsbemessungsgrundlage erwägt. Zum einen soll die Beitragsbemessungsgrenze an die Höhe der Rentenversicherung und damit um fast 50 % angehoben werden. Zum anderen sollen Beiträge auch auf alle anderen Einkommensarten wie Zinsen und Mieten fällig werden. Unabhängig von der Frage, wie dies überhaupt geschehen soll und welches bürokratische Monster damit geschaffen wird, lehne ich eine finanzielle Mehrbelastung der Menschen bei sinkenden Leistungen ab.

Deutschland sollte sich im Südsudan stärker engagieren

Knapp einen Monat nach der Konstituierung des 19. Deutschen Bundestages debattierten wir im Bundestag die Verlängerung der Bundeswehreinsätze. Ich selbst warb in einer Rede für eine Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS) bis Ende März. Damit erhalten die dort eingesetzten bis zu 50 deutschen Soldaten trotz Unsicherheit bei der Regierungsbildung in der Heimat den notwendigen politischen Rückhalt. Aus meiner Sicht machen die katastrophalen Zustände vor Ort, die die Fortsetzung des deutschen Engagements unabdingbar. Obwohl die

Anzahl von UN-Soldaten im Land zuletzt spürbar erhöht wurde, hat sich die Lage der Menschen weiter verschlechtert. Heute sind 7,6 Mio. von 12 Mio. Südsudanesen auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Das sind 2,8 Mio. mehr Menschen als noch bei der letzten Mandatsverlängerung. Die Zahl der Vertriebenen hat sich auf knapp 4 Mio. auch noch einmal deutlich erhöht. Rein militärisch ist der Konflikt für keine Seite zu gewinnen. Ganz dringend braucht es deshalb einen neuen Anlauf für einen Friedensprozess.



Nur eine politische Lösung kann dauerhaften Frieden bringen. Um die Probleme irgendwann in den Griff zu bekommen, braucht es den vernetzten Ansatz wie bisher – nur eben engagierter und substanzieller. Zwar hat Deutschland in den vergangenen Jahren bereits mehr als 150 Mio. EUR für Hilfeleistungen in die Region gegeben, sich an Rechtsstaatsprogrammen beteiligt und Experten entsandt. Wie wir sehen, reicht dies aber nicht. Deshalb sollte Deutschland über mehr personelle Unterstützung durch Soldaten, aber auch Polizisten nachdenken. Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass zivile Mittel erst greifen, wenn die Konfliktparteien getrennt sind. Dass aber ist im Sudan keinesfalls so. Ganz im Gegenteil können sich Helfer und auch internationale Truppen zum Teil nicht frei bewegen. Deshalb braucht es zumindest temporär eine höhere Militärpräsenz im Sudan. Auch wenn die Forderung nach mehr Geld für eine zivile und militärische Beteiligung Deutschlands an der Mission im Südsudan unpopulär ist, warne ich davor, dass wir den Konflikt weiter nur still beobachten und ignorieren. Die nächste Flüchtlingswelle schwappt von dort nach Europa. Derzeit befinden sich etwa 1 Mio. Flüchtlinge in ugandischen Flüchtlingslagern. Für deren Unterbringung werden laut dem World Food Programm p.a. 570 Mio. EUR benötigt. Bisher sind in diesem Jahr nur 1/5 der benötigten Mittel eingegangen. Deshalb mussten die Essensrationen gekürzt werden. Dieses Deja-Vu-Erlebnis sollte uns zu denken geben. Haben wir diese Bilder doch vor genau zwei Jahren rund um Syrien schon einmal erlebt. Wir sollten aus unseren Erfahrungen besser lernen und künftig einen größeren Beitrag für eine friedliche Zukunft des Südsudan leisten.

Die Rede können Sie auf meinem YouTube-Kanal anschauen ([hier](#)).

Enge Beziehungen zwischen Schweiz und Baden-Württemberg sind beidseitig unverzichtbar



Für ein Gespräch zur aktuellen bundespolitischen Lage und um die Einschätzung möglicher weiterer Entwicklungen aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu geben, habe ich mich jüngst mit der Schweizer Botschafterin in Berlin, I.E. Christine Schraner-Burgener, zu einem informellen Austausch in meinem Berliner Abgeordnetenbüro getroffen. Neben dem Scheitern von Jamaika und möglichen Neuwahlen ging es dabei auch um die Zukunft der deutsch-schweizerischen Parlamentariergruppe, in der ich mich wie in der vergangenen Legislaturperiode auch in Zukunft engagieren möchte. Wir südbadischen CDU-Abgeordneten haben ein großes Interesse an diesem Forum. Schließlich sind die Schweiz und Baden-Württemberg gegenseitig die wichtigsten Handelspartner überhaupt. Und darüber hinaus haben wir eine sehr enge kulturelle und historische Bindung. Die Schweiz steht uns viel näher als beispielsweise Bayern, Niedersachsen oder Brandenburg, nicht nur geografisch. Der enge Austausch mit der Schweiz auch auf Parlamentsebene ist wichtig und geeignet, um die vielen gemeinsamen Anknüpfungspunkte im täglichen Leben der Menschen entlang der deutsch-schweizerischen Grenze ergebnisoffen und konstruktiv zu erörtern und gemeinsam getragene Lösungen zumindest einfacher zu ermöglichen.

10 Jahre Seniorenblasorchester und 130 Jahre Schwarzwald-Baar Chorverband

Vor zehn Jahren wurde das Seniorenblasorchester Schwarzwald-Baar auf Initiative des Verbandspräsidenten Heinrich Glunz aus Bad Dürkheim und Peter

Marx aus Hüfingen gegründet. Heute spielen etwa 60 Musiker aus 30 Vereinen im Orchester. Da die Proben immer in den Räumen des Musikvereins Aasen stattfinden, hat nun auch das Jubiläumskonzert in der vollbesetzten Aasener Bürgerhalle stattgefunden. In meinem Grußwort konnte ich auf die besondere verbindende Bedeutung des Seniorenblasorchesters hinweisen. Die Musiker im Alter zwischen 50 und 86 Jahren gehen dort nicht nur ihrer Leidenschaft nach, sondern sind auch in besonderer Weise Vorbild. In gemeinsamen Konzerten mit dem Jugendblasorchesters des Verbandes und anderen Ensembles stellen sie das immer wieder unter Beweis. Damit wird auch Identität gestiftet und das „Wir-Gefühl“ in der Region gestärkt.



Einen Tag später war ich zur 130. Jahreshauptversammlung des regionalen Chorverbandes eingeladen. In meinem Grußwort zu den Delegierten der über 4.200 Sängerinnen und Sänger aus 46 Vereinen habe ich auf die kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung des Chorgesangs hingewiesen. Die Chöre stehen wie viele andere Vereine vor der großen Herausforderung, ihre Arbeit immer wieder neu an den Bedürfnissen der Zeit auszurichten, ohne den Kern ihres Wesens zur Disposition zu stellen. Vierzig Prozent der Deutschen sind Mitglied in mindestens einem Verein - und die Zahl ist seit Jahren steigend. Daran kann man sehr gut sehen, dass Vereine gerade in einer schnelllebigen und hohe Mobilität verlangenden Welt als Identitätsstifter umso wichtiger werden. Deshalb Sorge ich mich auch nicht um die Zukunft des Chorgesangs.



Verbandstag der Feuerwehren im Schwarzwald-Baar-Kreis



Sehr gerne habe ich bei der diesjährigen Dienst- und Verbandsversammlung der Feuerwehren im Schwarzwald-Baar-Kreis vorbeigeschaut. Die anwesenden Delegierten der rund 2.600 Feuerwehrleute zogen dabei stellvertretend für die insgesamt 20 Gemeindefeuerwehren, mit 81 Feuerwehrabteilungen, 18 Jugendfeuerwehren und insgesamt rund 2.600 Feuerwehrangehörigen in den Einsatzabteilungen sowie den 6 Werkfeuerwehren Bilanz über ein außerordentlich ereignisreiches und zugleich erfolgreiches Jahr. Ich bedanke mich für ihren herausragenden Dienst für die Allgemeinheit. Retten, Löschen, Bergen und Schützen: Die Feuerwehren sind ein wesentlicher Bestandteil des Bevölkerungsschutzes und sorgen mit ihrer Kompetenz und ihrem Engagement für Lebensqualität. Leider haben in den letzten Jahren die Anzahl an Anfeindungen und Handgreiflichkeiten gegenüber Einsatz- und Rettungskräften zugenommen und Rettungseinsätze werden immer mehr durch schaulustige Gaffer behindert. Solche Respektlosigkeiten dürfen wir als Gesellschaft nicht tolerieren. Insbesondere nicht, wenn dadurch das Leben von Menschen in Not gefährdet wird. Deshalb hat die CDU im Bundestag darauf gedrängt, dass Täter in solchen Fällen mit empfindlichen Strafen zu rechnen haben. Wir stehen aber nicht nur beim Schutz der Feuerwehr im Einsatz an der Seite der Wehren. Die CDU-geführte Bundesregierung unterstützt die Notwendigkeit des Einsatzes modernster technischer Möglichkeiten im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes in Deutschland. Dazu sind das Bundesforschungsministerium und das Bundesministerium des Inneren sehr bemüht, weiter in den Bereich der zivilen Sicherheitsforschung zu investieren. Es werden viele verschiedene Pilotprojekte finanziert, die beispielsweise den Einsatz autonomer Systeme erproben. Die Forschung

ist kein Selbstzweck, sondern soll die tägliche Arbeit der Feuerwehren erleichtern und sie vor unnötigen Gefahren schützen.

Erster Besuch in der Waldorfschule in VS-Schwenningen



Gibt es Stimmungsveränderungen seit dem Einzug der AFD in den Bundestag? Wie kann die CDU die AFD-Wähler zurückgewinnen? Welche konkreten Maßnahmen gibt es zum Klimaschutz? Holt China uns ein, z.B. in der Elektromobilität? Diesen und vielen anderen Fragen habe ich mich in zwei Geschichtsstunden der 13. Klasse der Rudolf-Steiner-Schule gestellt. Ich habe sehr gerne mit den Schülerinnen und Schülern diskutiert und aus meinem Alltag in Berlin berichtet. Besonders gefreut habe ich mich auch, dass die Oberstufenschüler am 20. September bei der Juniorwahl teilnahmen, die vom Deutschen Bundestag gefördert wird. Es war zwar mein erster Besuch an einer Waldorfschule, nichtsdestotrotz schätze ich diese Schulart, da ich den Bildungspluralismus für sehr wichtig halte.

Boxprojekt "Fight For Your Life" präsentiert sich im Schwenninger City-Rondell

Beim verkaufsoffenen Sonntag in Schwenningen bot sich dem Verein Boxing-VS die Gelegenheit, das Sozial- und Integrationsprojekt „Fight For Your Life“ einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Ich unterstützte die Verantwortlichen um den ehemaligen Box-Bundestrainer Oliver Vlcek vor Ort im Gespräch mit interessierten Jugendlichen und Passanten. Schließlich zielt "Fight For Your Life" in erster Linie auf die gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder schwierigem Familienumfeld und auf die Vermittlung von grundlegenden Werten wie Ehrlichkeit, Kameradschaft, Toleranz oder auch Disziplin und Einsatzbereitschaft.

Weil mich die Ziele und Methoden vollends überzeugt haben, habe ich in diesem Jahr die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen und auch mit großem Einsatz für die notwendige Finanzierung gekämpft.



Bildnachweis: Südwest-Presse / Die Neckarquelle

Ich freue mich sehr, dass es allen Projektbeteiligten gelungen ist, die Finanzierung zunächst weiter zu gewährleisten. "Fight For Your Life" ist schließlich ein einmaliges Angebot. Es leistet einen großen Beitrag im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Integrationsherausforderungen. Insofern brauchen wir mehr von solchen Initiativen und Projekten. Wer sich hier durchbeißt, der findet sich auch in unserer Gesellschaft zu Recht und kann sich später ein gutes Leben aufbauen.

Villinger Rechtsgespräch thematisiert betrieblichen Ordnungsrahmen von morgen

Für mich bot die Teilnahme am 17. Villinger Rechtsgespräch des Arbeitgeberverbandes Südwest-Metall eine hochinteressante Plattform, um über die betrieblichen und arbeitsrechtlichen Herausforderungen der Zukunft zu diskutieren. Der Vizepräsident des Bundesarbeitsgerichts Dr. Rüdiger Linck hat in beeindruckender Weise die neueste Entwicklung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung erläutert. Dabei wurde überdeutlich, wie wichtig eine ausgewogene Rechtsprechung in Verbindung mit einem zuverlässigen Rechtsrahmen einerseits Standortvorteil für die Wirtschaft, aber auch Grundlage für soziales Zusammenleben ist. Bei meinen Reisen in Südosteuropa, aber auch nach Asien erlebe ich immer wieder auch das Gegenteil. Bei aller Notwendigkeit, weiterhin wo immer möglich betriebliche Bürokratie zu beseitigen und die Flexibilität zu erhalten, können sich alle Unternehmen bei uns darauf verlassen, fair und objektiv behandelt zu werden und nicht um ihr Eigentum fürchten zu

müssen. Das ist für Deutschland ein großer Wettbewerbsvorteil und in viel zu vielen Ländern der Welt leider genau umgekehrt. Natürlich hat am Rande der Veranstaltung, an der neben Unternehmern, Richtern und Rechtsanwälten auch Gewerkschaftsvertreter teilgenommen haben, auch die aktuelle Tarifforderung der IG Metall nach einem Rechtsanspruch auf eine zeitlich befristete 28-Stunden Woche eine große Rolle gespielt. Ich halte es für besonders wichtig, dass wir die Forderungen der Wirtschaftsweisen nicht aus den Augen verlieren. Gerade in guten Zeiten kommt es darauf an, Standortfaktoren zu verbessern und die Grundlage für zukünftigen Wohlstand zu legen. Insofern sollten wir in Deutschland den Fachkräftemangel nicht durch verkürzte Wochenarbeitszeiten künstlich befeuern. Vielmehr kommt es darauf an, mehr Flexibilität bei den Wochenarbeitszeiten zu erreichen - ohne die EU-Vorgaben bei den Obergrenzen zu reißen.

Riesen-Adventskalender des Musikverein Tuningen



Seit dem ersten Dezember wird auf dem Rathausplatz Tuningen jeden Abend für die Kinder des Ortes das Türchen eines riesigen Adventskalenders geöffnet. Seit dem 100-jährigen Vereinsjubiläum des Musikvereins Tuningen hat sich dies zu einer schönen Tradition in der Vorweihnachtszeit entwickelt. Nach einem kleinen Platzkonzert des Musikvereins war ich eingeladen, den etwa 100 anwesenden Kindern eine Weihnachtsgeschichte vorzulesen. "Schlamper-Paule und der Nikolaus" sollte dabei in der Vorweihnachtszeit auch etwas nachdenklich machen. Gemeinsam mit Bürgermeister Jürgen Roth, dem Vereinsvorsitzenden Erich Bieberstein sowie "Opa Horst" durfte ich dann anschließend die Geschenke an die erwartungsfrohen Kinder verteilen. Mit dieser wunderschönen Aktion

leistet der Musikverein einen tollen Beitrag für ein gelungenes Gemeinschaftserlebnis in Tuningen. Das ist der Grund, warum aktive Vereine gesellschaftlichen Zusammenhalt stiften und einen echten Beitrag zur hohen Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden leisten.

Erstes Fairtrade-Schulnetzwerk Deutschlands kommt aus St. Georgen

Sämtliche Schulen der Stadt sind als „erstes Fairtrade-Schulnetzwerk Deutschlands“ ausgezeichnet worden. Vor kurzem durfte ich an einem wunderbaren „Eine-Welt-Abend“ in St. Georgen teilgenommen. Im Rahmen des von Schülern unterschiedlicher Klassen und ihren Lehrern gestaltende Programm, viel Musik durch die Jazzcrew und leckerem Essen habe ich an einer Diskussionsrunde mit meinen Landtagskollegen Karl Rombach und Martina Braun, sowie Bürgermeister Michael Rieger teilgenommen. Dabei ging es insbesondere um die Agenda 2030 als einem Weltzukunftsvertrag für nachhaltige Entwicklung. An konkreten Beispielen könnten wir zeigen, dass Gleichgültigkeit in einer globalisierten Welt keine Option ist. Das ist nicht nur ein Thema für die Vereinten Nationen und die „große Politik“. Jeder kann hierzu einen Beitrag leisten. Die Fairtrade-Town St. Georgen zeigt das auf ganz beeindruckende Weise.

Kreisparteitag der CDU Schwarzwald-Baar in St. Georgen

Beim Parteitag des CDU Kreisverbandes Schwarzwald-Baar haben mich die anwesenden Parteimitglieder zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Ich freue mich sehr über das große Vertrauen. Ich möchte mich bei meinem Vorgänger Andreas Schwab für seine geleistete Arbeit herzlich bedanken. Gemeinsam mit den Mitgliedern möchte ich den Kreisverband weiter auf seinem Weg zu einer aktiven Mitgliederpartei führen. Wir werden den ständigen Dialog mit den Menschen suchen und die politischen Herausforderungen ehrlich und mit klarem Kompass angehen. Ich baue dabei auch auf Ihre Unterstützung. Vielen Dank!

Impressionen vom Kreisparteitag



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei